

## 2006: die höchste Todesrate an den Außengrenzen - kaum noch Asylgesuche

### PRO ASYL: „Europa trägt maßgeblich Verantwortung für das Massensterben“

„Die Festung Europa steht. Deutschland und die anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union setzen auf Flüchtlingsabwehr um jeden Preis. 2006 ist das Jahr mit der höchsten Todesrate an den europäischen Außengrenzen und einem neuen historischen Tiefstand bei den Asylgesuchen“. So die Jahresbilanz von PRO ASYL zur europäischen Flüchtlingspolitik.

Nach Angaben der spanischen Behörden kamen 2006 circa 6.000 Flüchtlinge und Migranten auf dem Weg von Westafrika zu den Kanarischen Inseln ums Leben. Die Dunkelziffer der Todesfälle an den europäischen Südgrenzen bleibt hoch. „Europa trägt maßgeblich Verantwortung für das Massensterben“, so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL. Die EU-Staaten seien bereit, elementare Menschenrechtsstandards aufzugeben. Drittstaaten wie Libyen, Marokko, Mauretanien, der Ukraine, der Türkei etc. werde in einer zynischen Arbeitsteilung eine Türsteherfunktion vor den Toren der ‚Festung Europa‘ zugewiesen.

Die Asylzahlen in Deutschland und Europa erreichen einen neuen historischen Tiefstand. In Deutschland wurden 2006 rund 20.000 neue Asylgesuche registriert – der niedrigste Stand seit 1977. Insgesamt verzeichneten die 25 EU-Staaten 2006 weniger als 200.000 Asylanträge.

Die zentrale Frage an die kommende EU-Präsidentschaft Deutschlands ist: Findet eine Gemeinschaft von 27 Demokratien auf das Massensterben an den Außengrenzen eine andere Antwort als militärische Abwehrmaßnahmen, Auslagerung des Flüchtlingsschutzes und fortgesetzte Menschenrechtsverletzungen? Sie bleibt bei der Lektüre des Programms der deutschen EU-Präsidentschaft „Europa gelingt gemeinsam“ unbeantwortet. Das von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble vorgelegte Programm folgt einer restriktiven Agenda und blendet Menschenrechte und Flüchtlingsschutz aus. „Mehr Grenzschutz, mehr Rückübernahmeabkommen und mehr gemeinsame Abschiebungen bilden die Schlüsselemente auf der Agenda des Bundesinnenministeriums“, so Kopp.

Aus Sicht von PRO ASYL muss die Durchsetzung der Menschenrechte oberste Priorität für die deutsche EU-Präsidentschaft haben: Diese gelten für alle Menschen in Flucht- bzw. Migrationsbewegungen. Flüchtlingen ist der gefahrenfreie Zugang zum EU-Territorium und zu einem fairen Asylverfahren zu gewährleisten. Jegliche Kooperation mit Drittstaaten, in denen die Menschenrechte und Grundfreiheiten nicht geachtet werden, ist einzustellen. Europa braucht legale Einwanderungsmöglichkeiten, damit Migranten nicht lebensgefährliche Wege beschreiten müssen.

*gez. Karl Kopp, PE 29.12.2006*

## Informeller Rat in Dresden diskutiert Konzept von Schäuble und Sarkozy

### PRO ASYL: „Rückwärtsgewandt und repressiv - Grenzschutz statt Flüchtlingsschutz“

Heute wird die „deutsch-französische Initiative für eine neue europäische Einwanderungspolitik“ im Kreis der 27 EU-Innenminister diskutiert. Nach Auffassung von PRO ASYL darf dieses Papier nicht Grundlage der künftigen EU-Asyl- und Migrationspolitik werden. „Es ist rückwärtsgewandt und repressiv. Grenzschutz statt Flüchtlingsschutz ist die Essenz dieser Initiative“, so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat mit seinem französischen Kollegen Nicolas Sarkozy diese Initiative am 26. Oktober 2006 den Innenministern der sechs großen EU-Staaten vorgelegt und große Zustimmung erfahren. Die beiden Innenminister wollen das Grenzregime noch effizienter gestalten, mit Frontex-Einsätzen, mit gemeinsamen Grenzschutzpatrouillen, mit mehr Rückübernahmeabkommen, mehr gemeinsamen Abschiebeflügen und mehr Druck auf die Herkunftsländer. Die Botschaft an die Transit- und Herkunftsländer ist: Im Falle von Kooperation gibt es mehr Entwicklungshilfe und vielleicht künftig ein Einwanderungskontingent. Bei nicht kooperationsbereiten Drittstaaten sind ernsthafte Sanktionsmaßnahmen der EU zu erwägen. Anstatt eine Zuckerbrot und Peitsche-Politik bei der Rückübernahme von Flüchtlingen und Migranten zu betreiben, fordert PRO ASYL ein Ende der Kumpanei bei Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen und Migranten in Transitstaaten wie Libyen und Marokko.

Zwischen Weihnachten 2006 und Neujahr wurden über 400 subsaharische Flüchtlinge und Migranten in Marokko festgenommen und an der algerischen Grenze ausgesetzt. Es kam zu schweren Misshandlungen, verübt von algerischen und marokkanischen Sicherheitskräften. Mehrere Frauen wurden bei dieser Polizeiaktion vergewaltigt. Eine schwangere Frau verlor ihr Baby. Diese Menschenrechtsverletzungen reihen sich ein in eine Kette von Gewaltaktionen gegenüber Schutzsuchenden in Marokko – und Europa schweigt und schaut weg.

*gez. Karl Kopp  
Europareferent von PRO ASYL  
Vorstandsmitglied von ECRE, Europäischer Flüchtlingsrat  
Presseerklärung, 15.01.2007*